



Bundestags- brief

Nr.286 •Die Woche im Bundestag• 05.03.2021



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Kulturschätze besser schützen

Aufsehenerregende Einbrüche und Diebstähle in Museen haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sich die Gefahrenlage in deutschen Kulturinstitutionen verändert hat. Raubüberfälle wie im Berliner Bode-Museum oder im Grünen Gewölbe in Dresden haben in den letzten Jahren deutlich gemacht, dass Museen und andere Kultureinrichtungen vor großen Herausforderungen stehen, wenn es um den Schutz ihrer Objekte geht. Vorhandene Sicherheitsmaßnahmen sind mitunter nicht mehr ausreichend. Die Bedrohungslage ist angesichts der Gewalt und des hochprofessionellen Vorgehens der Täter komplexer geworden.

In unseren Museen lagern Kunstschätze, deren materieller und immaterieller Wert sich kaum beziffern lässt. Sie sind prägend für die kulturelle Identität unseres Landes. Um diesen bestmöglichen Schutz zu ermöglichen, stellt der Bund in diesem Jahr einmalig bis zu fünf Millionen Euro bereit. Mit dem Sonderprogramm „Stärkung der Sicherheit in nationalen Kultureinrichtungen“ wollen wir nationale Kulturinstitutionen darin unterstützen, er veränderten Gefahrenlage künftig besser gerecht zu werden. Das Sonderprogramm richtet sich an national bedeutsame und das nationale Kulturerbe prägende Kultureinrichtungen, vor allem an Museen, Archive und Ausstellungshallen.

Der Bund übernimmt bis zu 50 Prozent der zwendungsfähigen Ausgaben für bauliche, mechanische oder elektronische Sicherheitsvorkehrungen, die den Einbruch- und Diebstahlschutz erhöhen. Die Förderung setzt ein Sicherheitskonzept voraus, das mit dem zuständigen Landeskriminalamt oder der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle abgestimmt ist. Anträge können bis zum 31. März 2021 bei der jeweils für Kultur zuständigen obersten Landesbehörde eingereicht werden.

Zügig impfen und vorsichtig lockern

Während in der Bevölkerung der verständliche Wunsch nach Erleichterungen wächst, und eine große Pandemiemüdigkeit um sich greift, zeigen die Kennzahlen des aktuellen Infektionsgeschehens leider weiter ein gemischtes Bild.

Die vorrangige Impfung älterer Menschen in Alten- und Pflegeeinrichtungen hat zu einem erkennbaren Rückgang der Todeszahlen geführt. Gleichzeitig bleibt die Zahl der Neuinfektionen hoch.

Die Richtschnur für unser politisches Handeln bleibt ein verantwortungsvoller Kurs: Wir wollen so früh, wie es vertretbar ist, aber auch so sicher wie möglich für mehr Freiräume sorgen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten ein bundesweit einheitliches Vorgehen und einen Gleichklang der Maßnahmen.

Deshalb begrüße ich die von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder beschlossenen Öffnungsschritte, die auch den Kulturbereich berücksichtigen. Danach können vom 8. März an bundesweit Buchhandlungen wieder öffnen, auch für Bibliotheken können länderbezogene Regelungen getroffen werden. In weiteren Öffnungsschritten dürfen unter bestimmten Bedingungen vom 8. März an zunächst Museen, Galerien und Gedenkstätten, ab 22. März auch Theater, Kinos sowie Konzert- und Opernhäuser endlich wieder den Betrieb aufnehmen.

Der Beschluss der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten ist ein wichtiges Hoffnungszeichen für die durch die Pandemie schwer getroffene Kultur. Es ist wichtig, dass die Kultur bei Öffnungsstrategien mitgedacht wird. Ich freue mich, dass für Buchhandlungen, aber auch für Museen, Galerien und Gedenkstätten unter bestimmten Bedingungen jetzt ein schneller Neustart möglich ist.

Für innovative Mobilität

In dieser Woche haben wir mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen unter anderem eine Änderung des Personenbeförderungsrechts beschlossen, dessen Kerne eine ambitionierte Digitalisierungsstrategie vorsieht.

Denn in den vergangenen Jahren hat sich auf dem Markt für die Personenbeförderung viel getan: Neben Taxen und Bussen gibt es heute innovative Mobilitätsanbieter wie Uber und plattformbasierte Poolingdienste, bei denen Kunden per Smartphone zum Mitfahren kleine Busse und Vans bestellen können.

Das ist klimafreundlich und wegen der Flexibilität des Angebots gerade auch für ländliche Räume attraktiv. Die neuen Angebote erhalten jetzt einen innovationsfreundlichen und fairen rechtlichen Rahmen.

Landwirte im Preiskampf unterstützen

Im Deutschen Bundestag kümmern wir uns auch um die Landwirte. Wir wollen, dass sie von dem, was sie erzeugen, gut leben können. Dafür haben wir die Novelle des Agrarmarktstrukturgesetzes verabschiedet – womit die EU-Richtlinie gegen Unlautere Handelspraktiken (UTP-Richtlinie) in deutsches Recht umgesetzt wird.

Die Neuerung soll Landwirten helfen, im Preiskampf auf dem Lebensmittelmarkt zu bestehen. Zum Beispiel soll sie Auftragsstornierungen in letzter Minute oder einseitige, rückwirkende Vertragsänderungen verhindern. Ein anderer wichtiger Fortschritt ist, dass die Rücksendung nicht verkaufter Ware ohne Kaufpreiszahlung zu Lasten der Landwirte künftig unterbunden wird.

Konsequenzen aus dem Wirecard-Skandal

Schließlich hat sich der Deutsche Bundestag in der abgelaufenen Woche mit der Frage beschäftigt, welche gesetzgeberischen Konsequenzen aus dem Wirecard-Skandal gezogen werden müssen.

Das Bundesfinanzministerium hat hierzu einen ersten Aufschlag gemacht. Darin vorgesehen sind unter anderem stärkere Prüfungsrechte für die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), größere Unabhängigkeit der Abschlussprüfer und ein Verbot für die Beschäftigten der BaFin, mit bestimmten Finanzinstrumenten zu handeln.

Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestags wird in den nächsten Wochen prüfen, ob die vorgeschlagenen Regelungen ausreichen, um die Probleme, die im Rahmen des Wirecard-Skandals sichtbar wurden, zu beheben.

China bleibt Deutschlands wichtigster Handelspartner

Die Volksrepublik China war im vergangenen Jahr zum fünften Mal in Folge der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Der Außenhandelsumsatz zwischen beiden Ländern, belief sich 2020 nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf 212,1 Milliarden Euro. Trotz der Corona-Krise stieg der Umsatz im Außenhandel mit China damit um 3 Prozent gegenüber 2019. Auf den Rängen 2 und 3 der wichtigsten Handelspartner folgten die Niederlande mit gehandelten Waren im Wert von 172,8 Milliarden Euro (-8,7 Prozent) und die Vereinigten Staaten mit 171,6 Milliarden Euro (-9,7 Prozent). Wenn man Exporte und Importe getrennt betrachtet, ergibt sich folgendes Bild: Die meisten deutschen Exporte gingen im Jahr 2020 wie bereits seit 2015 in die Vereinigten Staaten, obwohl die Warenexporte dorthin gegenüber 2019 um 12,5 Prozent auf 103,8 Milliarden Euro zurückgingen. Die meisten Waren importierte Deutschland wiederum aus China.

(Quelle: Destatis)

3,5 Millionen Deutsche nutzen smarte Gesundheitsgeräte.

Die eigene Gesundheit im Blick behalten – das ist für viele Menschen nicht erst seit der Corona-Pandemie ein wichtiges Thema. Mit dem Internet verbundene Geräte können dabei Vorsorge oder Behandlung im Alltag erleichtern.

Fast 3,5 Millionen Menschen in Deutschland haben im 1. Quartal 2020 solche smarten Geräte zur Überwachung von Blutdruck, Blutzucker, Körpergewicht oder andere Geräte aus dem Bereich Gesundheit und medizinische Vorsorge genutzt. Während internetfähige Gesundheitsgeräte allgemein bislang eher selten genutzt werden, sind Smart Watches, Fitnessarmbänder und Co. deutlich verbreiteter. Diese wurden im 1. Quartal 2020 von 15,5 Millionen Menschen verwendet.

(Quelle: Destatis)